

Vancouver 1983

Die Sechste Vollversammlung des ÖRK

VON LOTHAR COENEN

Wird Vancouver zu einem Begriff, zu einer Wendemarke in der Geschichte der ökumenischen Bewegung werden? Auch einige Monate nach der Vollversammlung läßt sich diese Frage nur schwer beantworten. Nicht nur deshalb, weil diese Konferenz viele Akzente und Gesichter hatte und weil Erfahrung und Erleben der Teilnehmer wahrscheinlich ähnlich unterschiedlich sind wie bei einem Kirchentag. Auch deshalb, weil die eigentlichen Wirkungen vielleicht gerade von solchen Faktoren, Erfahrungen und Referaten ausgehen, die sich einem ersten Blick noch gar nicht erschließen.

Die Sechste Vollversammlung des Ökumenischen Rates — im Volksmund oft auch „Weltkirchenkonferenz“ genannt — war die bisher größte. Das gilt nicht nur hinsichtlich der Zahl der Delegierten (910 sollten es sein, 786 den Kirchen zur Benennung zugewiesene und 124 vom Zentralausschuß berufene; 847 waren anwesend, gegenüber 676 bei der letzten Vollversammlung in Nairobi). Das gilt auch in bezug auf die Zahl der Teilnehmer insgesamt: Vancouver, sehr bewußt gewollt als eine „Versammlung des Volkes Gottes“, gestaltete sich als Vollversammlung inmitten eines großen Treffens von Christen. Das lag nicht nur an den üblicherweise hinzugeladenen Beratern, den entsandten Beobachtern und offiziellen Gästen; es hatte seinen Grund auch in einem in dieser Gestalt erstmalig durchgeführten Besucherprogramm mit einer etwa gleich großen Zahl von Teilnehmern und in dem nicht abreißen den Zustrom von Tagesbesuchern aus dem näheren und weiteren Umkreis der Stadt an der pazifischen Küste, dicht nördlich der Grenze zum US-Staat Washington.

Diese Mischung von offiziellem Treffen und Kirchentag mit mehreren, teilweise ineinander verzahnten, teilweise parallelen Veranstaltungssträngen gab der Vollversammlung ihr Gepräge. Sie inspirierte emotional die große geistliche und brüderliche Gemeinschaft, aber sie brachte zugleich auch Orientierungsschwierigkeiten — nicht nur für die ca. 80 % erstmalig als Delegierte Teilnehmenden — mit sich. Erfahrene Synodale wissen, wie schwierig es selbst im kleineren Rahmen ist, neben Beratungen, denen Entscheidungen abverlangt werden, gleichzeitig noch viele Außen-

kontakte zu pflegen und der Verlockung oft viel interessanterer (und vielleicht gar wichtigerer?) Treffen zu widerstehen. Denn wer sich über bestimmte Vorgänge innerhalb der ökumenischen Christenheit genauer informieren wollte, hatte bei manchen Veranstaltungen des Besucherprogramms, im Pflugschar-Kaffeehaus oder im Frauenzentrum der Lutherischen Universitätsgemeinde dazu oft viel bessere Gelegenheit als in der nüchternen, von Tonnen bedruckten Papiers überschwemmten Atmosphäre der Sitzungssäle. Aber vielleicht ist es ja unser Problem, daß wir uns zwischen Kirchentag und Synode vor eine Alternative gestellt sehen. Nur — wo es nicht nur um ein Forum für aktuelle Probleme, sondern um die Kursbestimmung eines runden Drittels der Weltchristenheit für die nächsten sieben Jahre geht, müssen die Prioritäten klar sein.

Gastfreundschaft für das wandernde Gottesvolk

Die Gastgeber, die Kirchen des Kanadischen Kirchenrates, hatten große Anstrengungen gemacht, diese Versammlung in ihrem Lande willkommen zu heißen und zu betreuen. Früher anreisende Delegierte waren von Familien in Stadt und Umgebung aufgenommen worden, und sie hatten ihnen den Zugang zum Leben in diesem Lande schon ein Stück vermittelt, bevor die eigentliche Versammlung begann; sie setzten diese Betreuung auch an freien Nachmittagen oder Abenden und nach dem Ende der Versammlung fort. Frauen hatten in monatelanger Arbeit dafür gesorgt, daß jeder Teilnehmer bei der Anmeldung eine handgenähte Leinentasche für seine Papiere vorfand, daß alle Plätze im Plenarsaal mit Sitzkissen ausgestattet waren und daß die Versammlungsräume mit künstlerischen Symbolen versehen waren. Kanadische Christen standen vom Flughafen an für Lotsen- und Fahrdienste zur Verfügung, und oft waren sie selbst für Stunden oder ganze Tage mit dabei, um Menschen kennenzulernen, Einblick in die Diskussion zu gewinnen und mitzufeiern. Ihre Freude, Christen aus so vielen Ländern der Welt begrüßen zu können, fand massierten Ausdruck in der Eröffnungsveranstaltung am ersten Sonntagnachmittag im Pacific Coliseum, dessen Ränge von ca. 15 000 Menschen gefüllt waren, wo ein fast tausendköpfiger Chor die Gesänge intonierte und eine Tanzgruppe die Schriftlesungen eindrucklich unterstrich. Aber sie strömte auch in alle Gottesdienste und Feiern in Vancouver.

Der Campus der Universität von British Columbia erwies sich als ideales Tagungszentrum mit genügend Raum zur Unterbringung in Studenten- und Tagungswohnkomplexen, mit zahlreichen Sälen und Auditorien für die

verschiedenen Arbeitsgruppen, Ausschüsse und Sondertreffen samt dem Besucherprogramm, den öffentlichen Veranstaltungen und einer leistungsfähigen Mensa. Im Mittelpunkt aber stand — nicht nur geographisch, sondern auch spirituell — jenes gelb-weiß gestreifte Zelt-Provisorium, Symbol des wandernden Gottesvolkes, in dem vom 24. Juli bis 10. August das gottesdienstliche Leben dieser Vollversammlung pulsierte, auf einer Seite einladend offen, mehrere tausend Menschen fassend und an den Wänden geschmückt mit den Namenswimpeln aller Mitgliedskirchen. Am Anfang jeden Tages, um die Mittagszeit und am Tagesschluß wurde hier die Bibel, das Wort Gottes, hineingetragen, gelesen und mit Hilfe des eigens gebildeten Vollversammlungschores und wechselnder Chorgruppen aus umliegenden Gemeinden das Lob Gottes in vielen Sprachen gesungen, so wie die Gebete die Vielfalt der Stimmen reflektierten. Kein Zweifel, daß die innere Kraft dieser gottesdienstlichen Versammlungen, der großen eucharistischen Höhepunkte und der dreimal täglichen Andachten, von dort eingewirkt hat in alle anderen Zusammenkünfte und geholfen hat, Gemeinsamkeit auch mit weiter bestehenden Gegensätzen zu finden. Vancouver war eine geistliche Versammlung, und das Lob Gottes eint wohl doch mehr als jede Diskussion um Aktionen und Programme.

Aufbruch zur Stärkung der Einheit

Aus dieser Quelle heraus wurde Vancouver auf der Basis voraufgegangener Entwicklungen allen Unkenrufen zum Trotz eine Versammlung der christlichen Einheit, besser vielleicht: ein neuer Aufbruch des Strebens nach dieser Einheit. Es gab dafür zwei Ansatzpunkte, einen aufgrund erlebter Erfahrung, einen zweiten auf der Basis eines Dokumentes.

Nach dem Willen des Zentralausschusses hatte diese Vollversammlung schon fast zwei Jahre vor ihrer Eröffnung begonnen. Etwa 300 der 847 Delegierten hatten — je mit anderen zusammen — an den ca. 90 ökumenischen Team-Besuchen teilgenommen, die seit Anfang 1982 fast alle Mitgliedskirchen erreichten. Sie hatten nicht nur in vielen Gemeinden durch das gemeinsame Auftreten von Christen aus verschiedenen Kulturen und Konfessionen Ökumene anfaßbar und anschaulich gemacht, sondern auch den Delegierten dazu geholfen, andere kennenzulernen und zu erfahren, warum sie auf dem Boden ihrer eigenen Geschichte, Kultur und besonderen Lebensbedingungen so und nicht anders urteilen und reagieren. Die herzlichen Umarmungen und Begrüßungen in den ersten Tagen wie der Stil der offenen und doch behutsamen Auseinandersetzung in Sachfragen ließen

deutlich erspüren, was hier gewachsen war. Und so war der Wunsch, diese Art der Verbindung zwischen den Kirchen fortzuführen, der sich dann auch in den neuen Programmrichtlinien niederschlug, eine Frucht gefestigter, bewußt gewordener Gemeinschaft.

Der zweite Ansatzpunkt aber, der zum Vehikel des Einheitswillens wurde, waren die Konvergenzerklärungen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung über Taufe, Eucharistie und Amt, das sogenannte Lima-Papier von 1982. Obgleich es von den Kirchen noch keineswegs rezipiert ist und die Frist für die Antworten auch um ein Jahr bis Ende 1985 verschoben wurde, ist dieses Papier offensichtlich für viele zu einem Zeichen der Hoffnung und der möglichen Realisierung eucharistischer Gemeinschaft geworden. Sie ließen sich keineswegs dadurch irritieren, daß Orthodoxe und Katholiken zwar an der gemeinsamen Eucharistiefeyer betend und singend teilnahmen, aber (noch) nicht zu kommunizieren in der Lage waren. Solche Hoffnungen blieben auch keineswegs auf den Teilnehmerkreis der Fachgruppe „Schritte auf dem Weg zur Einheit“ oder auf Anglikaner und Orthodoxe beschränkt, deren Theologie die Lima-Texte am kräftigsten wiedergeben; viel weiter hatte die Hoffnung um sich gegriffen, nicht zuletzt auch deshalb, weil dieses Dokument über die dogmatischen Aussagen hinaus die realen Trennungen und die Notwendigkeit ihrer Überwindung angesichts der Situation der Christen in der Welt in ihren unterschiedlichen kulturellen, sozialen und politischen Einbindungen und Bedrängnissen deutlich ausgesprochen hat. Und die Hoffnung, daß es der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung gelingen möchte, auch bei ihren neuen Projekten über das Bekennen des apostolischen Glaubens heute und den Zusammenhang von Einheit der Kirche und Erneuerung der Menschheit zu gemeinsamen Aussagen zu kommen, fand weite, wohl nahezu einmütige Resonanz.

Unter diesen Aspekt der Einheit gehörte auch Philip Potters Bericht am Anfang der Versammlung, in dem er an dem Bild des Hauses der lebendigen Steine die Charakteristika einer ökumenischen Kirche zu beschreiben versuchte. Vielleicht hat er mit der Vermutung, daß der Ökumenische Rat das Stadium der Toronto-Erklärung von 1950 „Die Kirche, die Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen“, die den eigenen Charakter jeder einzelnen Mitgliedskirche deutlich festhielt, längst hinter sich gelassen habe, die reale Situation falsch eingeschätzt oder doch der Wirklichkeit vorausgegriffen; mit Sicherheit haben auch seine Bemerkungen über den allzu autoritären Gebrauch des kirchlichen Amtes und über die „versteinerten hierarchischen Strukturen“ zusammen mit der Unterstreichung des be-

sonders in Gruppen und Bewegungen lebendigen Priestertums aller Gläubigen nicht nur den orthodoxen Widerspruch, sondern auch Unwillen bei anderen hervorgerufen.

Aber ob nun — nach Potter — die Kirchen mehr auf den ÖRK zu hören und diesen ganz als ihre innere Angelegenheit und nicht als äußere Beziehung zu sehen haben oder — nach dem Bericht des Moderators, Erzbischof Scott — der Rat sich mehr um die Kirchen kümmern und auf ihre Sorgen hören muß — beide legten die Schwachstelle offen, an der Neuorientierung Voraussetzung für Genesung in der ökumenischen Bewegung ist: Wer die ökumenische Dimension, also Universalität und handelndes Denken zusammen mit den anderen, nicht in das eigene Kirche-Sein einschließt, verleugnet den Ruf und Auftrag Christi; ein Ökumenischer Rat aber, der sich nicht im vollen Sinne als Instrument der Einheit der Kirchen versteht, entfernt sich ebenso von dem Zweck und Ziel seiner Gründung und muß dann auf lange Sicht auch die Hoffnungen der ökumenischen Bewegung enttäuschen. In den Beziehungen zwischen Rat und Kirchen Offenheit und Besserung zu schaffen, von der Anklage der jeweils anderen als Schuldige zum verstehenden, werbenden und ermutigenden Miteinander zu kommen, wird in gleicher Weise Aufgabe der Kirchen und ihrer Leitungen (besonders der großen Mitgliedskirchen) wie der künftigen Amtsträger und Stabsmitglieder des ÖRK sein.

Nur Gerechtigkeit bringt Frieden

Zu den Verdächtigungen, denen der ÖRK spätestens seit Uppsala 1968, anders gesagt: seitdem die westlichen reformatorischen Kirchen das Gesicht des Ökumenischen Rates nicht mehr alleine bestimmen und die Kirchen der Dritten Welt und die Orthodoxie ihr Gewicht mit eingebracht haben, ausgesetzt ist, gehört der Vorwurf, er unterscheide sich letztlich kaum noch von einer politischen Organisation und habe das Zeugnis des Evangeliums linksgerichteten ideologischen Konzepten geopfert. Ohne Frage hat für die meisten die Sorge um den Frieden, um das Zusammenleben und Überleben der Menschheit auf dem Wege nach Vancouver und bei dieser Vollversammlung eine entscheidende Rolle gespielt. Und zwar nicht nur die Frage nach dem Frieden Gottes, sondern in der Tat auch die Sorge um die Erhaltung der Schöpfung. Aber ist diese wirklich nur ein Spezifikum russisch-orthodoxer Aktivitäten? Muß sie nicht auch für uns eine Folgerung daraus sein, daß wir Leben als Gabe Gottes zur Bewahrung empfangen haben? Es war bewegend, wie Delegierte aus der sogen. Dritten

Welt der Furcht des Nordens vor einem nuklearen Holocaust die Realität der schon jetzt an Hunger sterbenden Millionen entgegenhielten und offenlegten, welche tödlichen Folgen Sicherheitsstreben haben kann — bis hin zur Unterdrückung der Unbequemen.

Gewiß wird man über die „Einäugigkeit“ mancher politischer Verlautbarung des ÖRK und dieser Vollversammlung streiten können. Man wird beklagen dürfen, daß in Richtung des sowjetischen Machtbereiches und der westlich-christlichen Staaten wie USA und Südafrika verschieden gesprochen wurde, daß in der Resolution zum Mittleren Osten Gewichte ungleich verteilt, manches überdeutlich angesprochen und anderes schamhaft oder taktisch verschwiegen wurde. Aber gerade an solchen Stellen zeigten die sehr offenen Diskussionen in den Ausschüssen und im Plenum deutlich, daß man um sachliche Beurteilung und theologische Motivation rang, daß die Sorge um die Menschen aus der geschenkten Christusliebe, also aus dem Glauben heraus, leitend war. Daß Glauben mehr ist als gesellschaftliche und politische Aktion, steht außer Frage; daß er diese anderen überlassen sollte, kann aber wohl nicht die Alternative sein. Die reformatorischen Kirchen werden hier ihre Vorbehalte und Unterscheidungen sicher nicht einfach preisgeben, wohl aber neu zu durchdenken und zu überprüfen haben. Die Kirche darf nicht Partei sein; aber das Evangelium ist ebensowenig politisch irrelevant wie die Christen je nach ihrem Beziehungsrahmen zwischen *Welt* und *Kirche* gespaltene Menschen sein können.

Religiöser Synkretismus?

Damit kommen wir zu dem nächst der politischen Indoktrination zweiten Ansatzpunkt der Kritik am Ökumenischen Rat, nämlich seinem Verhältnis zu anderen Religionen. Es gehört zweifellos zu den Verdiensten der ökumenischen Bewegung, daß sie nach einer Phase, in der die Kirchen weitgehend mit sich selbst beschäftigt waren, die von Christus erlöste Welt — und das heißt auch: die in ihr lebenden, noch nicht an Christus glaubenden Menschen — wieder in den Blick bekommen hat. Der Vorwurf, der teilweise auch die Berichterstattung über Vancouver geprägt hat, geht dahin, daß der Ökumenische Rat dabei sei, die Botschaft von der Erlösung durch Christus allein gegen die Hoffnung auf eine Weltgemeinschaft aller Religionen zu vertauschen, also Sünde nur noch als soziale Entgleisung und Bekehrung als deren Korrektur anzusehen. Konkreter Ansatz solcher Kritik ist das Programm für den Dialog mit anderen Religionen und Ideologien.

Seit Bangkok hatte sich der Konflikt zwischen Dialog und klassischem Missionsverständnis abgezeichnet; er führte in Vancouver dazu, daß die Vollversammlung den Bericht der Fachgruppe für das „Gemeinsame Zeugnis in einer gespaltenen Welt“ nicht akzeptierte, sondern ihn am letzten Tage zur weiteren Beratung an den Zentralaussschuß überwies. Die Begründung, am präzisesten und deutlichsten wohl von dem EKD-Delegierten Peter Sandner vorgetragen, lautete, daß der evangelistisch-missionarische Auftrag hier völlig hinter dem allgemeinen Gespräch zurückgetreten sei; die Gegenposition war wohl am prägnantesten von dem bisherigen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Dialog, dem holländischen Professor Mulder, ausgesprochen worden, der sich in einer Pressekonferenz darüber beklagt hatte, daß dem Dialog die größte Gefahr durch evangelistische Maßnahmen und Veranstaltungen drohe, was denn auch in evangelikalen Berichten kräftig hervorgehoben wurde.

Dabei darf nicht verkannt werden, daß der interreligiöse Dialog — klar zu unterscheiden von den Dialogen zwischen den christlichen Konfessionsgruppen — ohnehin nur mühsam vorwärtskommt, weil hier einerseits die Christen dem starken Verdacht begegnen, doch die anderen Religionen unterlaufen und mit neuer Methodik missionieren zu wollen, und weil andererseits, z.B. bei den indischen Gruppen und beim Islam, ein neues Selbstbewußtsein und neue missionarische Aktivitäten zu beobachten sind. In Vancouver entzündete sich die Frage nach einem drohenden Synkretismus an den indianischen Darbietungen samt der Errichtung eines Totempfahls inmitten der Vollversammlung und am Auftreten von fünf Vertretern der großen Weltreligionen, wobei man sich fragen muß, ob das Judentum für die Christen nicht ohnehin eine besondere Rolle zu spielen hat.

Das Dialogprogramm selbst ist wohl insofern in eine kritische Phase eingetreten, als es seine innere Legitimation, Gemeinsamkeiten deutlich zu machen und die religiösen Kräfte für die Erhaltung der Schöpfung zu mobilisieren, keineswegs verloren hat, aber sich verstärkt vor die Frage gestellt sieht, wie der ÖRK dabei seinen fundamentalen Auftrag, Botschafter des einen Herrn Jesus Christus zu sein, von jedem Zweifel frei hält. Die Auseinandersetzung zwischen kritischer Bibelanalyse und sogenannter Biblischer Theologie erlebt hier im praktischen Felde ihre Wiederholung, und das offenkundige Steckenbleiben der Faith and Order-Studie über Kirche und Menschheit (mit mehrfach wechselnder Titelformulierung zwischen „Einheit“ und „Erneuerung“!) dürfte wohl in der gleichen Problematik des Verhältnisses von Christus-Glaube zu Religion, Kultur und Nation

wurzeln. Es geht also keineswegs nur um ein einzelnes Programm, sondern um eines der zentralen Probleme in den Zielsetzungen des ÖRK.

Die Rolle der Frauen und der Jugend

Vancouver ist wahrscheinlich in der Geschichte der ökumenischen Bewegung die erste Vollversammlung gewesen, in der Frauen ihren vollen Platz neben den Männern eingenommen haben. Der Studienprozeß über die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche, durch die Konsultation in Sheffield 1981 zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, hat hier erste Früchte getragen. Das betraf nicht nur das Drängen nach stärkerer Beteiligung unter den Delegierten (möglichst bis zur Hälfte; 29% wurden es dann); auch unter den Sprechern haben Frauen wie Helen Caldicott, Domitila Barrios de Chungara, Darlene Keju-Johnson, Mutter Euphrasia und — trotz ihrer verunglückten Angriffe auf die Bundesrepublik — auch Dorothee Sölle nicht weniger Eindruck hinterlassen als Männer wie Philip Potter, Allan Boesak, Vitaly Borovoy, Desmond Tutu oder Jan Pronk. Es dürfte außer Zweifel stehen, daß hier kein Weg mehr zurückgeht, auch wenn in Hinsicht auf die Ordination von Frauen zum geistlichen Amt die Vorbehalte vieler Kirchen bestehenbleiben.

Daß Frauen ihren Part so selbstverständlich und unproblematisch einbringen konnten, ist der soliden Vorarbeit zu danken, die dafür geleistet wurde, nicht nur, aber besonders auf der Vorkonferenz der rund 300 Frauen in Vancouver (30 Männer waren, weil man keine Geheimnisse hatte und weil man sowohl Selbstbewußtsein gewonnen hatte als auch zu Korrekturen bereit war, mit eingeladen worden — eine Umkehrung des früher in Kirchenversammlungen üblichen Teilnehmerverhältnisses).

Was in Vancouver zu größeren Disputen führte als die Frauenbeteiligung, war die Rolle der Jugend, wobei nach ökumenischen Regeln hier das vollendete dreißigste Lebensjahr die Scheidelinie markiert. Von dem Gedanken aus, daß die Vollversammlung „Versammlung des Volkes Gottes“ sein sollte, hatte der Zentralausschuß die Quoten für die Benennung jugendlicher Delegierter gegenüber früheren Versammlungen erhöht, um einen Prozentsatz von ca. 17 zu erreichen; faktisch waren es 13,5. Bei den ersten Vollversammlungen waren Jugendliche, soweit nicht Stewards, mitarbeitende Gäste, seit Neu-Delhi dann Delegierte einer besonderen Kategorie, seit Nairobi volle Mitglieder der Delegationen. Schon dem letzten Zentralausschuß gehörten einige Jugenddelegierte an. Nun aber ging man davon aus, daß die prozentuale Aufteilung zwischen Männern, Frauen und

Jugendlichen im Zentralausschuß und auch in allen Leitungsgremien die Zusammensetzung der Vollversammlung widerspiegeln sollte.

Ein solcher Wunsch mußte natürlich zu Komplikationen führen. Jugendliche Delegierte kamen meist aus den größeren Kirchen, weil die kleineren mit weniger Delegierten kaum jemand anderen entsandt hatten als „Kirchenführer“. Das Drängen nach stärkerer Jugendbeteiligung, das auch zu einer Veränderung in der EKD-Repräsentation im Zentralausschuß führte, gipfelte in der Kuriosität, daß bei der Wahl der Präsidenten (jetzt sieben statt sechs) der Wunsch laut wurde, eine der drei Frauen durch eine Jugenddelegierte zu ersetzen; freilich folgte das Plenum dann doch der Meinung des Nominierungsausschusses, an dieser Stelle sollten wirklich bewährte und ausgewiesene Ökumeniker ihren Platz haben. Effektiv gehören heute dem Zentralausschuß, den die Vollversammlung für die nächsten sieben Jahre wählte, unter den 145 Delegierten 38 (26,2 %) Frauen und 17 (11,7 %) Jugendliche an; den größten Anteil haben mit 6 Jugenddelegierten die Reformierten, die zugleich auch die meisten Frauen stellen (10, bei zusammen 29 Mitgliedern), 4 die Lutheraner (von 22 Mitgliedern, darunter 3 Frauen), 2 die Orthodoxen (von 32 Mitgliedern, darunter 3 Frauen). Man sieht, daß die Kirchen sich durch Jugenddelegierte keineswegs in gleicher Weise repräsentiert fühlen.

Ob diese Policy auf die Dauer so hantierbar ist und ihr Ziel mit Zustimmung der Kirchen erreichen kann, muß die Zukunft erweisen. Mag sein, daß man die Beteiligung jüngerer Delegierter in Leitungsgremien doch anders wird regeln müssen als die Quoten für Männer und Frauen, unter denen ohnehin die repräsentative Vertretung kirchenleitender Geistlicher und Laien — von der der Konfessionen und Erdteile ganz abgesehen — schon problematisch genug ist. Ein deutscher Delegierter bemerkte, daß bei dem „Gerangel um Prozente in den einzelnen Gremien“ über dreißigjährige männliche Laien am schlechtesten, im Zentralausschuß nur mit 5 %, vertreten sind, mit anderen Worten nicht-kirchlich bedienstete Männer wie Kirchenälteste und Synodale nur eine verschwindende Minderheit darstellen.

So unbestritten die Notwendigkeit ist, engagierte junge Menschen auch in verantwortlichen Gremien als ökumenische Impulsgeber dabeizuhaben, so wenig darf dies damit erkauf werden, daß man auf Erfahrung und Umsicht derer, sie sich in Verantwortung bewährt haben, verzichtet.

Solche Überlegungen berühren aber bereits Charakter, Zusammensetzung und Möglichkeiten einer derartigen ökumenischen Versammlung überhaupt. Das Leitbild einer „Versammlung des Volkes Gottes“ hat natürlich etwas Faszinierendes. Aber was kann es realistisch leisten? Die Zahl der Delegierten aus den Kirchen war für die 6. Vollversammlung erhöht worden; nur etwa 70 Kirchen mit weniger als 50 000 Mitgliedern (25 000 ist das Minimum für die Mitgliedschaft) waren nur durch einen Delegierten vertreten; über 50 000 setzte eine graduelle Steigerung bis zu 30 ein. Dennoch: Eine deutsche Landeskirche mit 2 Millionen Mitgliedern, ist sie durch einen oder zwei Teilnehmer voll repräsentiert? Sind 900 Delegierte eine volle Repräsentanz für gut 400 Millionen Christen? Die Frage muß wohl erlaubt sein, ob der an basisdemokratische Gedanken erinnernde Entwurf einer voll partizipatorischen Gemeindeversammlung sich in diese Größenordnung noch übertragen läßt oder ob nicht doch das Repräsentativsystem der reformatorischen Ämtersynoden den Realitäten eher entspricht.

Und wenn das zusätzliche Besucherprogramm, wie ein Kranz um das Plenum gelegt, das Bild der vollen Repräsentanz ergänzen sollte, muß man natürlich auch hier fragen, inwieweit es über die emotionalen Elemente hinaus das Bild vom Volk Gottes wirklich zu erweitern vermochte. Annähernd 600 accredited visitors kamen aus Kanada und den USA, der Rest größtenteils aus Europa — also aus den Kirchen, die im dichteren Umkreis lagen bzw. deren Glieder die Kosten für die Teilnahme an einer solchen Versammlung aufbringen konnten. Für gleich engagierte Christen aus den Ländern der Dritten Welt war dies kaum möglich. Gleich die Vollversammlung von Vancouver in manchen Zügen einem Kirchentag, so sind der Realisierung der Volk-Gottes-Idee bei solchem Anlaß doch schon vom materiellen Aspekt her Grenzen gezogen. Ein „Weltkirchentag“ ist finanziell und räumlich nicht realisierbar. Dies will kein Plädoyer für den Verzicht auf öffentliche Veranstaltungen oder auf Besucher sein; aber eine Vollversammlung, wenn sie denn Gewicht haben und Gehör finden soll, braucht ausreichend Zeit für die Vorbereitung und Beratung ihrer Grundentscheidungen.

Eben hier hatte Vancouver in Planung und Wirklichkeit Defizite aufzuweisen, die der Überprüfung bedürfen. Dies sei an einigen Beispielen illustriert: Soll die Vollversammlung die Arbeit des ÖRK in den letzten Jahren überprüfen und neue Richtlinien für die gemeinsamen Akzente der näch-

sten Phase festlegen, so darf man gewiß einige punktuelle Stellungnahmen zu aktuellen kirchlichen und öffentlichen Fragen erwarten, nicht aber daß das gesamte Spektrum der Weltproblematik behandelt oder gar gelöst wird. Den Vorrang wird man auf die Erarbeitung der neuen Programmrichtlinien legen müssen. Dafür war aber angesichts der knappen Zeit, der mangelnden Strukturierung der Diskussion und der in mehreren Fällen recht unbefriedigenden Leitung der Hearings für das Generalsekretariat und die drei Programmeinheiten viel zu wenig Spielraum angesetzt; und auch bei der Plenarverhandlung des Entwurfs für die Programmrichtlinien gebrach es an Zeit. Dies aber führte dazu, daß das Übergewicht von Ausschüssen oder gar Draftern den Entscheidungen des Plenums wenig mehr als pauschal akklamativen Charakter beließ.

Eine ähnliche Beobachtung gilt für die Behandlung des Themas und der sogenannten Problembereiche und deren Verbindung miteinander. Da die Frage nach der praktischen Relevanz des Themas ihre Auswirkung zum guten Teil erst bei den Fachgruppen (früher Sektionen) hatte, ließ schon die vorgegebene Planung vermuten, daß es hier zu Überschneidungen und Doppelungen kommen müßte. Sie konnten vom Geschäftsausschuß, dem alle Moderatoren angehörten, nur mit Mühe aufeinander abgestimmt werden, ganz abgesehen davon, daß einige „Fragen von öffentlichem Interesse“ zum Entwurf besonderer Erklärungen oder Verlautbarungen einem der Weisungsausschüsse für Grundsatzfragen zugewiesen wurden. Er erarbeitete z. B. die sorgfältig diskutierte „Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“, während aus den Themengruppen heraus diese Frage auch in der Botschaft der Vollversammlung ihren Platz fand (die Delegierten wollten frühzeitig „zur Sache kommen“ und nicht bis zur zweiten Woche warten) und in den Fachgruppen „Frieden und Überleben“ sowie „Gerechtigkeit und Menschenwürde“ völlig unabhängig davon am gleichen Problem gearbeitet und Empfehlungen für die Kirchen ausgearbeitet wurden. Daß diese dreierlei Aussagen so weitgehend sich decken, kann natürlich auch positiv im Sinne gemeinsamer Überzeugung verstanden werden; dennoch wäre ein realistisches Planungskonzept nützlich.

Mehr noch aber muß die Frage erlaubt sein, ob eine so wichtige Versammlung über die ohne Frage sorgfältig zusammengestellten Quellen- und Vorbereitungsunterlagen der Problembereichs-Papiere hinaus nicht doch konkrete Vorlagen für ihre Arbeit braucht, wie wir sie etwa aus Synoden kennen. Ohne die spontane Initiative hindern oder die Reaktion auf kurzfristig eingetretene Entwicklungen beschneiden zu wollen und ohne den Vorwurf einer Vorprogrammierung zu scheuen — uns scheint, daß die

Vollversammlung hier in einem weit stärkeren Maße auf Vorschläge ihrer Kommission und Arbeitsgruppen (es sind schließlich über zwanzig) aufbauen sollte, auch wenn sie in ihren Beratungen zu davon abweichenden Ergebnissen kommt. Ein so aufwendiges Unternehmen wie eine Vollversammlung braucht geordnete Prämissen und sachlich strukturierte Debatten, so verständlich und notwendig es ist, daß jeder Teilnehmer gerne sein Thema mit seinen besonderen Aspekten auch zu Gehör und zur Geltung bringen will. Es ist kaum möglich, in einigen Stunden Diskussion mit hundert oder mehr Beteiligten, die ohnehin nicht alle im gewünschten Umfang zu Wort kommen können, zu kompetenteren Ergebnissen und Einsichten zu kommen als in langfristiger Vorarbeit einer sachkundigen Gruppe, um so mehr, als die Delegierten selbst — namentlich in den kleineren Kirchen — weniger unter dem Gesichtspunkt der Sachkompetenz für bestimmte Bereiche als unter dem der Repräsentanz ihrer Kirchen benannt werden.

Die reichliche Bemessung der Zeit während der ersten Phase der Versammlung ist ohne Frage dem Kontakt der Delegierten untereinander zugute gekommen. Trotz mancher anderslautender Urteile hat sich die Einrichtung der kleinen Gruppen von ca. 20 Delegierten für die gesamte Dauer der Versammlung bewährt. Sie hat das Verstehen gefördert und bleibende Verbindungen bewirkt. Dennoch wäre ein früherer Beginn der Verhandlungen in den Fachgruppen sinnvoll gewesen. Delegierte sind, zumal wenn sie in einer fremden Sprache verhandeln müssen und womöglich ohnehin weniger als deutsche Synodale an den Umgang mit Dokumenten gewöhnt sind, völlig überfordert, wenn sie, wie es dann schon bei der Vorlage der Gruppenpapiere, besonders aber in den letzten Plenarsitzungen geschah, in die Beratungen von Papieren gleichsam aus dem Stand eintreten müssen, die (mit einem Umfang von zehn oder mehr Seiten) ihnen eben erst bei Beginn einer Sitzung auf den Tisch gelegt werden. Wir wollen gar nicht von der Schwierigkeit sprechen, solche Entwürfe zeitgerecht auch noch in mehreren Übersetzungen zur Hand haben, was in einigen Fällen sich als unmöglich erwies. Hier muß dem Übersetzerstab ohnehin hohes Lob gezollt werden. Aber setzt nicht doch sorgfältige Beratung Lektüre voraus, wenn man zu Textaussagen kommen und nicht nur den Empfindungen Raum lassen will? Eine Konsequenz aus dem Zeitplan war dann auch, daß erstmalig bei einer Vollversammlung zwei Fachbereichsberichte am letzten Tage zurückgewiesen wurden, ohne daß die Möglichkeit zur Überarbeitung und nochmaligen Vorlage im Plenum bestand (sie wurden dem Zentralauschuß überwiesen, der sie — rasch und ohne Mitwirkung der Fachgruppe überarbeitet — bei seiner anschließenden Sitzung akzeptierte). Mehr

Abklärung wäre wohl bei einer frühzeitigen ersten Lesung und detaillierter Nachbehandlung im Ausschuß erreichbar gewesen, wie es etwa mit der „Botschaft“ und der „Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“ geschah.

Perspektiven

Inzwischen aber sind die Delegierten und Berater, Beobachter und Besucher längst unterwegs, um in Synoden, Gemeinden, Pfarrkonventen, aber auch im nichtkirchlichen Umkreis ihre Eindrücke weiterzuvermitteln und Impulse weiterzugeben. Ob sich Vancouver „vermarkten“ läßt, mag dahingestellt bleiben. Wichtiger ist, daß die ökumenische Bewegung weitergeht, daß diese Vollversammlung nicht zu einem Kollaps der Bemühungen um Einheit, sondern eher zu deren Stärkung und Unterstreichung geführt hat. Sie hat im wesentlichen die Arbeit des Rates bestätigt und als notwendig erwiesen. Dem tun auch gewisse „Kurskorrekturen“ keinen Abbruch. Daß die Welt ihr Leben wie ihren Frieden nur in Jesus Christus findet, ist die Botschaft, die von dort ausgeht und die nun den Kirchen aufgetragen ist.

Es ist sicher, daß durch die Lima-Dokumente Faith and Order verstärkte Relevanz gewonnen hat und daß das Verlangen nach innerer geistlicher Einheit bei aller Unterschiedenheit anschwillt. Es ist aber ebenso sicher, daß dies nicht im Sinne der Bevorzugung dogmatischer Aussagen vor dem helfenden Handeln und möglicherweise leidenden Zeugnis der Christen gedeutet werden darf. Die ökumenische Bewegung wird nur weitergehen, wenn sachlich die Frage nach der Gerechtigkeit als Voraussetzung des Friedens mit verstärkter Energie angegriffen wird und wenn es den Kirchen gelingt, die Impulse ökumenisch engagierter Gruppen in ihr eigenes Konzept aufzunehmen, statt diese zu marginalisieren. Die Bewegung wird auch davon abhängig sein, wie weit Stab und Leitungsgremien des Rates sich nicht nur als Promotoren freier Initiativen und Aktivitäten fühlen, sondern ihren Weg in Kontakt mit den Verantwortlichen der Kirchen gehen. Und es wird entscheidend sein, daß die Kirchen diese ökumenische Aufgabe nicht als eine Frage von außen, sondern als eine notwendige Dimension ihrer Existenz ansehen, was sich auch auf das Verhältnis zu Genf auswirken muß.

Manche haben den Eindruck, daß in Vancouver die nördlichen Großkirchen zu Lasten der jungen Kirchen der Dritten Welt wieder das Steuer in die Hand genommen haben. Es wird eine entscheidende Herausforderung für den Zentralausschuß sein, diesen Eindruck zu widerlegen; und es muß sich erweisen, ob der Rat in das von Philip Potter entworfene Bild einer

ökumenischen Gemeinschaft hineinzuwachsen willens ist. Eine nördlich dominierende Ökumene ohne volle Mitwirkung aller wäre keine Ökumene mehr.

Die orthodoxen Kirchen, aus deren Reihen die stärksten Impulse zum Verbleiben beim Fundament des Glaubens auch in den übrigen Aktivitäten des Rates kamen, die aber keineswegs einem unpolitischen Christentum das Wort redeten, sind in Vancouver als der größte geschlossene Block unter den Delegierten angetreten und haben ihren Anteil — personell und sachlich — eingebracht, auch wenn nicht alle ihre auf der Vorkonferenz in Sofia formulierten Erwartungen in Erfüllung gingen.

Die nächsten Jahre werden erweisen, wie weit es gelingt, Anbetung und Lebenspraxis als aus der gleichen Quelle gespeist zum prägenden Element des Lebens in der größeren Gemeinschaft werden zu lassen. Dabei wird der Ökumenische Rat sich nicht nur um gemeinsame Grundlinien einer politischen Ethik zu bemühen haben, sondern er wird auch (und gerade nachdem das Programm zur Bekämpfung des Rassismus mit seiner Unterstreichung der nationalen Identität zum undiskutiert selbstverständlichen Bestandteil seiner Arbeit geworden ist) klarere Antworten auf das Verhältnis von Glauben und Kultur, Nationen und Kirche finden müssen.

Ob es ihm gelingen kann, dabei den evangelikalen Flügel der Weltchristenheit mit auf seinen Weg zu nehmen, erscheint nach den — nicht erst in Vancouver — offenbar gewordenen Spaltungen in diesem Sektor der Christenheit fraglich. Dies wird nicht nur davon abhängen, inwieweit er den eschatologischen Aspekt des kommenden, nicht von Menschen zu verwirklichenden Reiches stärker betont, sondern auch, ob er die biblisch-glaubensmäßige Verwurzelung seiner Hoffnung für die gesamte Menschheit deutlich machen kann. Für dieses Gespräch wäre Bereitschaft zur Überprüfung der eigenen Motive auf beiden Seiten eine Grundvoraussetzung, denn eine Scheidung nach den Kategorien „politisch“ und „biblisch“ zertrennt die Wirklichkeit, in der wir alle stehen. Wenn denn Christus das Leben der Welt — und sicher zuerst der Kirche — ist, sollte ein Durchbruch zur in seinem Wort gegründeten Gemeinschaft mit- und füreinander unter Akzeptierung der Konsequenzen gelingen.